

i Fijáte !

Nachrichten •

Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 398 21. Nov. 2007

14. Jahrgang

Post-Elektorale Überlegungen

Álvaro Colom ist neuer Präsident von Guatemala. Zugegeben, das Schlimmste konnte verhindert werden: die Wahl von Otto Pérez Molina und mit ihm der Rückfall in eine „Staatspolitik des Terrors“. Und zugegeben, es lockt eine vage Hoffnung auf Veränderung. Aber Colom jetzt zum Hoffnungsträger der Nation hoch zu stilisieren, nur weil er vor acht Jahren Präsidentschaftskandidat der damals noch vereinten Linken war und weil er ein Parteibüchlein der Sozialdemokratischen Internationalen besitzt, ist doch etwas blau- wenn nicht gar blindäugig.

Zu behaupten, dass „Guatemala erstmals seit dem Ende der Militärherrschaft – oder sogar seit dem Sturz von Jacobo Arbenz im Jahre 1954 – wieder eine Regierung links der Mitte“ habe (NZZ vom 6. Nov.) stimmt zwar faktisch, politisch muss man aber diese Mitte deutlich nach rechts schieben, um dieser Aussage etwas abgewinnen zu können. Denn der Grossteil der „Linken“ – in Guatemala müsste man von der „revolutionären Linken“ sprechen, um ungefähr dem gerecht zu werden, was in hiesigen Verhältnissen gemeinhin unter „Links“ verstanden wird – hat Álvaro Colom nicht gewählt. Im besten Fall haben sie sich mit ihrer Stimme für Colom gegen Pérez Molina ausgesprochen. Viele Linke haben ihren Stimmzettel gar nicht oder leer abgegeben im Wissen darum, dass Colom nicht die wirkliche Alternative ist, was seine Wirtschaftspolitik und sein Verhältnis zur Oligarchie betrifft.

Es ist vermessen zu glauben, Álvaro Colom sei ein Präsident vom Kaliber eines Evo Morales, Rafael Correa oder Hugo Chávez, wohl nicht einmal so „links“ wie Lula de Silva, Tabaré Vázquez oder Michelle Bachelet. Von Chávez und Fidel Castro hat er sich vehement distanziert, derweil seine wichtigste internationale Beziehung diejenige zu den Vereinigten Staaten sei, von denen er sich in erster Linie Unterstützung in Sicherheitsbelangen und in der Bekämpfung des organisierten Verbrechens erhoffe. Zweifellos gibt es in seiner Partei, der *Unidad Nacional de Esperanza* (UNE), eine gewisse sozialdemokratisch angehauchte Strömung, aber der Partei als ganzer fehlt es an einer abgestützten und erfahrenen sozialdemokratischen Militanz und dem neuen Präsidenten selber an Ideologie und Charakter.

Colom wurde von der indigenen Landbevölkerung gewählt, er gewann in 20 der 22 Departaments. Das ist zwar sympathisch und sicher das Resultat seines Engagements für die indigene Bevölkerung während der Zeit, als er für den Friedensfonds FONAPAZ arbeitete. Nicht gewählt wurde er jedoch in der Hauptstadt, wo die Finanz- und Politgeschäfte gemacht werden und wo die Medien sitzen, die schon während der Wahlkampagne deutlich machten, dass sie nichts von Colom halten. Ob er in der Lage sein wird, seinen Haupt-WählerInnen in Sachen Anerkennung und Umverteilung (Bekämpfung des Rassismus, Armutsbekämpfung, Landpolitik, Entwicklung) gerecht zu

werden oder ob auch er dem Diktat der neoliberalen Politik unterliegen wird, ist die grosse Frage der Zukunft – deren Antwort sich leider erahnen lässt.

Eine seiner ersten (vor-)amtlichen Handlungen war ein Treffen mit dem scheidenden Präsidenten Oscar Berger, bei dem es um die möglichst schnelle Umsetzung des unseligen Plans „Visión del País“ ging. Dieser beinhaltet neoliberale Strategien für die Bereiche Bildung, Gesundheit, Wirtschaft und Sicherheit, welche eine Gruppe von Unternehmern unter Pseudobeteiligung einiger VertreterInnen von sozialen und kritischen politischen Organisationen erarbeitet und dem Kongress vorgelegt hat – der sie einstweilen archiviert hat. In dem Colom nun den Plan „Visión del País“ wieder ausgräbt und seine Umsetzung aktiv vorantreibt, positioniert er sich auf der absoluten Gegenseite dessen, was seine WählerInnen von ihm erwarten und widerspricht seinen eigenen sozialdemokratischen Grundsätzen.

In den ersten Tagen nach seinem Wahlsieg lud Álvaro Colom die GeneralsekretärInnen aller Parteien zu einem Treffen ein und rief zur nationalen Einheit und zur Unterzeichnung eines Regierungsvertrags auf. Dabei unterlief ihm die Peinlichkeit „zu vergessen“, seinen Wahlgegner Otto Pérez Molina von der *Patriotischen Partei* zu dem Treffen einzuladen.

Auch mit den Wirtschaftskreisen befindet er sich bereits im ersten Clinch. Um seine Programme und Wahlversprechen umzusetzen, braucht der neue Präsident mehr Geld als das Staatsbudget für 2008 vorsieht. Colom spricht infolgedessen von einer dringend anstehenden Steuerreform. Der Unternehmenssektor, vertreten durch den CACIF, und die Handelskammer hingegen sprechen sich vehement gegen neue Steuern und die Verlängerung der Ende Jahr auslaufenden „Aussergewöhnlichen und temporären Steuer zur Umsetzung der Friedensabkommen“ (IETAAP) aus. Der Kongress, der über die Verlängerung der IETAAP, die dem Staat jährlich 1700 Mio. Quetzales einbringt, abstimmen wird, ist sich in der Frage nicht einig.

Im Wissen darum und im Hinblick auf die staatliche finanzielle Notlage, hat der neugewählte Präsident ein Treffen (das erste seit 2003) mit der so genannten Konsultativgruppe einberufen, von denen gemäss Mel-

derung von *Inforpress Centroamericana* Nr. 1729 eine Budgetaufstockung um rund einer Milliarde Quetzales erwartet werden kann. Die Konsultativgruppe wurde nach der Unterzeichnung der Friedensabkommen eingesetzt mit dem Ziel, deren Umsetzung zu verifizieren. Als geistiger Vater der Idee gilt Álvaro Colom, der diese Treffen während seiner Zeit bei FONAPAZ erstmals initiierte. Ebenfalls konn-

ten offenbar schon Verträge über Darlehen in Höhe von rund 200 Mio. US-\$ mit der *Interamerikanischen Entwicklungsbank* (BID) abgeschlossen werden.

Guatemala hat einen neuen Präsidenten. Er heisst Álvaro Colom und im besten Fall, mit etwas gutem politischen Willen und entsprechender Unterstützung der internationalen Ge-

meinschaft schafft er es, das Land nicht gänzlich in den Abgrund zu reiten. Womit man eigentlich wieder zur Tagesordnung übergehen und sich wichtigeren Fragen zuwenden kann. Zum Beispiel derjenigen, wer wohl in den USA die Präsidentschaftswahlen 2008 gewinnen wird, was für das Schicksal von Guatemala unter Umständen von grösserer Bedeutung ist als die nationale Wahl vom Colom ...

Wahlsonntag, zweite Runde

Am vergangenen Sonntag war ich in Trauer. Ich kleidete mich in Schwarz, nahm einen Karton und meine Farben und schrieb: „Nicht die harte Hand, nicht die schlaffe Hand – ich brauche die Hand eines Freundes“. Ich hängte mir das Schild um den Hals und ging damit spazieren. Die sympathischen Reaktionen der PassantInnen, vor allem Frauen, stimulierten mich, weiterzugehen und unbesonnen befand ich mich plötzlich in der Nähe eines Wahllokals. Aus der Ferne sah mich ein Wahlaufseher und als wäre ich Bin Laden, behangen mit Sprengstoff, befahl er, mich zu neutralisieren. Mit unüblicher Effizienz nagelten mich vier Polizisten in Sekundenschnelle fest, rissen mir gewaltsam mein Plakat vom Hals; während drei weitere Polizisten auf ihren Motorrädern heranfuhrten, um die Gefahr zu bekämpfen.

Rafael Rosal, guatemaltekischer Filmschaffender

Der Vizepräsident im Mittelalter

Guatemala, 07. Nov. Doktor José Rafael Espada ist auf der politischen Bühne Guatemalas bislang ein unbeschriebenes Blatt. Demgegenüber hat sich der 63-Jährige als Chirurg mit besonderer Erfahrung in Herzoperationen am Methodist DeBakey Heart Center in Houston, im US-amerikanischen Bundesstaat Texas, während der letzten mehr als 30 Jahre einen Namen gemacht. Mit Hilfe von privaten Spenden hat er bereits in den frühen 90er Jahren das Herzzentrum *Unidad Cardiovascular* (UNICAR) in Guatemala eröffnet, an dem er seitdem einmal im Monat kostenlose Herz-OP's durchführte. Diejenigen GuatemaltekinInnen, die das Geld haben, sind hingegen zur OP nach Houston geflogen. Während der Krankenhauskrisis im letzten Jahr war er offenbar schon einmal als potentieller Gesundheitsminister im Gespräch, zog aber erst im April 2007 nach Guatemala, um sich als Kandidat für die Vizepräsidentschaft im Namen der *Unidad Nacional de Esperanza* (UNE) zu profilieren.

„Als Chirurg kann ich sehr gut organisieren. Meine Arbeit wird die Koordination des Kabinetts sein. Guatemala hat eine der aktivsten Vizepräsidentschaftsposten in Lateinamerika ... das ist fast eine Art Premierminister“, erläutert Espada gegenüber der Tageszeitung *el Periódico*. Und teilt auch gleich seinen Eindruck von Guatemala mit: „Guatemala ist ein mittelalterliches Land. Hier gibt es weder Reiche noch Arme, es gibt den Adel und den Pöbel. Der Arme glaubt, Pöbel zu sein und der Reiche glaubt sich nicht nur adelig, sondern ist voller Res-

sentiments gegenüber der Gesellschaft und stört sich daran, dass die anderen vorankommen.“

Die Beschreibung der Regierungspläne hält Espada in jenem Interview knapp: Regulierung des Wirtschaftssystems, Unterstützung der kleinen und mittleren Unternehmen, Programme zur Verbesserung von Gesundheit, Bildung, Landwirtschaft und Tourismus seien Teil der Aktionen, die in den nächsten Monaten angestossen werden sollen.

Eine Fahne mit einer Hand, die eine Rose hält – das Symbol der Sozialdemokraten – teilt sich Espadas Büro im UNICAR-Gebäude mit mindestens 10 Bodyguards und zahlreichen Fotos, auf denen er operiert, sich mit Präsidenten und WürdenträgerInnen zeigt sowie auf Luxus-Motorrädern oder –Autos posiert. „Ich bin Sozialdemokrat von Geburt an... ok, seit dem Medizinstudium. Es kommt immer darauf an, wenn ich nach Europa gehe, bin ich der Papst, aber für Guatemala bin ich Kommunist, obwohl es keine Kommunisten mehr gibt“, versucht er sich zu erklären.

„Mein Traum ist es, dass alle Kinder dreimal täglich eine kostenlose Mahlzeit erhalten, eine Art Spezialnahrung, wie es die *Marines* essen, mit vielen Kalorien und Proteinen“, so lautet Espadas Vorschlag in Bezug auf die Unternahrung, die im Land herrscht. Unklar bleibt auch der Sinn des Vorschlags, dass Coloms Regierung die alten Maya-Persönlichkeiten zusammenrufen will. Denn, so Espada, „sie sind sehr vernünftig, mit ihnen kann man eine effektivere Absprache treffen, um den Rassismus

zu kontrollieren“.

Auf die Kritik hin, durch seine lange Abwesenheit die Realität des Landes nicht zu kennen, meint er: „Ich kenne Guatemala besser, als die, die hier leben. Wenn man ausserhalb des Landes lebt, wächst der Patriotismus, und der lässt einen sein Land, seine Flagge, die Seen und Vulkane noch mehr spüren ... Ich habe für das Land mehr getan, als die, die hier wohnen“, sagt Espada.

¡Fijáte!

**Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.**

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Jahres-Abo: 55.- €

Auslands-Abo: 60.- €

E-Mail-Abo: 50.- €

Erscheinungsweise 14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

www.guatemala.de/fijate

Transportsubventionen - Berger kauft sich Ruhe

Guatemala, 17. Nov. Noch-Präsident Oscar Berger hat es einmal mehr geschafft, sich halbherzig aus der Affäre zu ziehen und zu verhindern, dass die in den letzten Wochen sich verschärfende Energiekrise Unruhe in seine letzten zwei Amtsmonate bringt. In den kommenden zwei Monaten werden demnach die Subventionen für den öffentlichen Nahverkehr um je 10 Mio. Quetzales erhöht – danach müsse die folgende Regierung sehen, wie sie mit der Sache umginge. Die benötigten Gelder werden aus den Restposten der Ministerien für Landwirtschaft, Verteidigung und Bildung sowie einiger Sekretariate genommen.

Durch den weltweit enorm gestiegenen Erdölpreis hatten die Unternehmen des öffentlichen Personentransportes, sprich Inhaber von Stadt- und Landbussen, den Druck auf die Regierung und die Bevölkerung noch einmal erhöht. Bisher waren ihre wenige Stunden währenden Streiks vornehmlich als Protest und Hilferuf nach mehr Sicherheit in den Bussen aufgrund der anhaltenden Morde an den Busfahrern durch Jugendbanden zu verstehen. Doch jetzt drohten sie mit einem Ausstand aus finanziellen Gründen und schlugen auch gleich mögliche Abhilfen vor: die Erhöhung der Subventionen von aktuell 12,5 Mio. Quetzales im Monat auf mindestens 40 Mio. (ohne dass sie damit Verbesserungen ihres Services zusagen könnten), die Erlaubnis, den in der Stadt gesetzlich festgelegten Fahrpreis von 1 Quetzal auf 3,50 zu heben, die Streichung diverser ausstehender Bussgelder und die Aufhebung der Steuern auf Treibstoff.

Erwin Pérez, Herausgeber des Informationsdienstes *incidencia democrática*, beobachtet, dass das Thema der Fahrpreiserhöhung – das in einigen Departements bereits des öfteren zu Unmut zwischen Transportleistern und Bevölkerung geführt hat – in der aktuellen Erdölkonjunktur das beste Argument gefunden habe. Zudem sei politisch der Moment aufgrund des Regierungsübergangs vorteilhaft und die zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich traditionell gegen diese Erhöhung wehrten, seien praktisch demobilisiert. Tatsächlich hat lediglich die Studierendenvereinigung AEU Protestaktionen angekündigt. Bei den letzten Demonstrationen gegen die Erhöhung des Fahrpreises war 1994 der Student Mario Alioto López von der *Nationalen Zivilpolizei* (PNC) angeschossen und schliesslich totgeprügelt worden. Bei einer Protestversammlung Anfang der Woche im Zentrum der Hauptstadt wurden die Studierenden immerhin von Gewerkschaftsmitgliedern und VerkäuferInnen des informellen Sektors unterstützt.

Erst nach der Subventionsverkündigung Bergers meldete sich die Gewerk-

schaftsvereinigung UASP zu Wort und empfahl eine nationale Transportpolitik anzustossen, das bereits im Zusammenhang der Sicherheit diskutierte *Prepaid-Ticket* einzuführen und die Subventionen beizubehalten, um eine vom Benzinpreis abhängige Fahrpreiserhöhung zu verhindern.

Obwohl ihre Forderungen nur zum Teil Gehör gefunden haben, liess sich die Transportvereinigung auf das Regierungsangebot ein. Ganz klar ist aber, dass die Krise längst nicht ausgestanden ist, sondern Álvaro Colom ab dem 14. Januar einem entsprechend hohen Druck der Bus-Lobby ausgesetzt sein wird, eine langfristige Lösung zu finden. Der amtierende Vizepräsident Eduardo Stein schlug der kommenden Regierung bereits vor, einen nationalen Energie-Ausnahmestatus auszurufen, um in den

Massnahmen freiere Hand zu haben. Energieministerin Carmen Urizar ist indes nicht einverstanden mit den Subventionen, will sie der Wirtschaft schaden würden – dies täte eine Fahrpreiserhöhung jedoch genauso, schlug sie sich schliesslich auf die tagtäglichen Ausgaben der Bevölkerung für den eigenen Transport und gleichzeitig auf die Produkte des täglichen Bedarfs nieder.

Das zukünftige Machtdoppel – die Vornamensbrüder Colom als Präsident und Arzú als Hauptstadtbürgermeister – denken indes über die Möglichkeit nach, die Route des letzten Jahr eingeweihten *Transmetro* zu erweitern und auf diese Weise zur Verbesserung des Transportwesens beizutragen.

Nun, für zwei Monate ist das Thema jetzt erst einmal vom Tisch und Berger aus dem Schneider. Mehr nicht.

Coloms Guatemala international

Guatemala, 12. Nov. Sein Debüt auf dem internationalen Parkett hat der gewählte Präsident Álvaro Colom inzwischen hinter sich. Er begleitete vom 8. bis 10. des Monats zusammen mit seinem Vize Espada, seiner Frau Sandra und dem designierten Aussenminister Haroldo Rodas den amtierenden Regierungschef Berger und Aussenminister Rosenthal nach Santiago de Chile zum *XVII Iberoamerikanischen Gipfel*. Dort wurde ihm nicht nur von den 22 teilnehmenden Regierungschefs und -chefinnen – darunter auch die Präsidenten von Spanien, Portugal und Andorra sowie der spanische König Juan Carlos I – zum Wahlsieg gratuliert, die meisten der Anwesenden kündigten zudem an, an seiner Amtsübernahme im Januar teilnehmen zu wollen. Daneben knüpfte Colom die ersten kontinentalen Kontakte und sicherte sich einige bilaterale Unterstützung für die Umsetzung seines 100-Tage-Plans zu. So werden ab Anfang 2008 mit Chiles Hilfe die Polizei-KommissarInnen und -Chefs/Chefinnen nach dem Beispiel der chilenischen Carabineri ausgebildet und der *Kommunale Sicherheitsplan*, der in Kolumbien funktioniert, in Guatemala kopiert werden. Details dazu wollen Colom und Álvaro Uribe im Dezember auf der Rückreise von der Inamtshebung von Cristina Fernández de Kirchner in Argentinien klären. Chiles Ex-Präsident Ricardo Lagos wird derweil die guatemaltekeische Regierung in Sachen Wirtschaftspolitik und Regulierung von Konzessionsvergaben beraten.

Gleichzeitig liebäugelt Colom mit dem Vorschlag von Venezuelas Präsident Hugo Chávez, sich dem venezolanischen Programm *Petrocaribe* anzuschliessen, um durch dessen Vorteile in Sachen Erd-

ölversorgung und –finanzierung begünstigt zu werden. An diesem Vorhaben nehmen bereits 14 Länder teil, doch dürfte es Colom nicht einfach haben, diesen Schritt im eigenen Land durchzusetzen.

Der Iberoamerikanische Gipfel endete mit der Unterzeichnung der „Deklaration von Santiago de Chile“, einem 24 Punkte umfassenden Dokument, das das beschlossene dauerhafte Wirtschaftswachstum und die Stärkung des sozialen Zusammenhaltes in der Region abzusichern sucht. Neben einem ambitioniert klingenden politischen Plan, dessen Inhalt sicher nicht das erste Mal schriftlich festgehalten worden ist, gibt es noch einen Aktionsplan und 10 anhängende Kommuniqués, in denen beispielsweise die argentinischen Aspirationen unterstützt werden, die zum britischen Überseegebiet gehörenden Falklandinseln zurück zu gewinnen, und appelliert wird, Haiti nicht im Stich zu lassen und das US-amerikanische Embargo gegen Kuba aufzuheben, da es gegen das internationale Recht verstosse.

Geplant sind die Verabschiedung der Konvention zur Iberoamerikanischen Sozialversicherung, die mehr als 5 Mio. MigrantInnen zu gute kommen soll, um auch im lateinamerikanischen Ausland ihre Arbeits- und Pensionsrechte geltend machen zu können, regionalweit soll Bildung in allen sozialen Schichten und Schulniveaus vorangetrieben werden, die Einrichtung eines Wasserfonds, der finanziell von Spanien unterstützt wird steht an sowie die Übernahme der Iberoamerikanischen Charta der *Elektronischen Regierung*, deren Zweck in der Modernisierung der Verwaltungen und dem Kampf gegen

Fortsetzung Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

Korruption besteht.

Ein ganz konkreter Termin wurde auch schon angekündigt: Am Tag der Regierungsübergabe in Argentinien wird das Dokument unterzeichnet, das die

Bank des Südens ins Leben rufen wird. Gegründet von Argentinien, Brasilien, Kolumbien, Ecuador, Bolivien, Paraguay und Venezuela soll diese vor allem in Südamerika ein Gegengewicht zur Weltbank und deren Projekten stellen.

Auch für Colom stehen bereits einige ausenpolitische Verpflichtungen fest: Kanada, Panama, die Europäische Union und Chile harren der Fortsetzung der von Bergers Regierung aufgenommenen Freihandelsverhandlungen.

Dem Wahlgericht wird der Prozess gemacht

Guatemala, 17. Nov. Das *Oberste Wahlgericht* (TSE) steht im Zusammenhang mit den abgeschlossenen Wahlen nicht nur seit Beginn an wegen umfassender Unfähigkeit in der Kritik, sondern seine RichterInnen in Kürze sogar wohl vor Gericht. Vorher muss der Kongress noch, wie vom Verfassungsgericht (CC) beschlossen, entscheiden, ob die Immunität der TSE-Vorstehenden überhaupt aufgehoben wird. Vorgeworfen wird diesen Verfassungsbruch, Verwirrung des Wahlprozederes (weil Personen das Wählen an Orten erlaubt wurde, in denen sie nicht registriert waren), Betrug an den WählerInnen, Autoritätsmissbrauch, unterlassene Pflichterfüllung, verfassungswidrige Resolutionen, unterlassene Anzeigenerstattung, Justizverweigerung und böswillige Verzögerung. Auch die *Kammer der AnwaltInnen*

und *NotarInnen* (CANG) unterstützt die Prozessforderung.

Ehemalige KandidatInnen auf Bürgermeistereiposten, zusammenschlossen in der *Nationalen Front der guatemaltekenischen Würde*, hatten die Klage eingereicht sowie vor dem Verfassungsgericht den Einspruch gegen die vom *Obersten Gerichtshof* (CSJ) entschiedene Archivierung derselben durchgesetzt.

Auf Geheiss des Verfassungsgerichts müssen die TSE-RichterInnen nun auch den imposantesten Stein des Anstosses ihrer Amtsausübung aus dem Weg räumen. Nämlich binnen Kürze die Liste aller gewählten BürgermeisterInnen einreichen und den KandidatInnen mitteilen, ihr Amt nicht eher antreten zu dürfen, bis sie das „finiquito“ genannte und von der *Nationalen Rechnungsstel-*

le (CGN) ausgestellte Dokument vorlegen, in dem ihr Vermögen offengelegt wird. Bei vielen von ihnen hatte das TSE darauf bislang verzichtet und damit klar gegen das Wahlgesetz verstossen.

Dabei wollen sich alle fünf TSE-RichterInnen im März zur Wiederwahl stellen, obwohl bereits ihre Selektion vor sechs Jahren als politisch abgekartetes Spiel kritisiert wurde, mit dem Efraín Ríos Montt bei den Präsidentschaftswahlen 2003 seine Kandidatur durchzusetzen vermochte. Derzeit wird bereits die Wahlkommission aus VertreterInnen der juristischen Fakultäten und der CANG zusammengerufen, die eine Liste von 40 KandidatInnen aus den Mitgliedern der Gremiumskammer aufzustellen hat, aus der schliesslich vom Kongress fünf AmtsträgerInnen und fünf VertreterInnen gewählt werden.

Mine Marlin – Prozess gegen Bauern eröffnet

Guatemala, 12. Nov. Eine wohl historisch zu nennende Gerichtsdebatte wurde dieser Tage in San Marcos aufgenommen. Sieben indigene Männer, die in ihren Gemeinden als Umweltschützer bekannt sind, werden angeklagt, fünf wegen Anstiftung zu kriminellen Handlungen und Nötigung, zwei von ihnen zusätzlich wegen Körperverletzung. Die Klage eingereicht hat niemand anderes als die kanadische Goldabbaufirma *Goldcorp*, ehemals *Montana Exploradora*, nicht erst bekannt geworden durch ihre Abbautätigkeiten in Sipacapa, San Marcos.

Die Anthropologin Irma Alicia Velásquez Nimatuj stellt in einem Artikel in der Tageszeitung *el Periódico* klar, dass es weniger um die vermeintlichen Aggressionen gegen den Sicherheitschef von *Goldcorp* ginge, sondern es sich eindeutig um den Versuch des Unternehmens handelt, mittels des Justizsystems die gesamte Bevölkerung zum Schweigen zu bringen. Die Klagen gehen nämlich zurück auf Anfang Januar dieses Jahres, als eine Gruppe von VertreterInnen der Maya-Mam-Gemeinden aus der Nachbarschaft der Goldmine Marlin in San Miguel Ixtahuacán, San Marcos, der Firma einen Besuch abgestattet und einen Petitionsbrief eingereicht hat. Darin bemängelt sie die extrem niedrigen Preise, die den lokalen Familien für den Abkauf ihrer Grundstücke gezahlt wurden, zu dem die Familien getäuscht und teilweise genötigt worden. Aufgrund der Anwendung von Sprengstoff beim Goldabbau seien aus-

serdem Dutzende von Häusern zu erheblichem Schaden gekommen. Die Wasserverschmutzung wegen des Gebrauchs von Zyanid und der Freisetzung von Schwermetallen beim Tagebau habe sich bereits in gesundheitlichen Problemen der Bevölkerung und des Viehbestands niedergeschlagen. Und schliesslich habe der Wassermangel, der bedingt sei durch den offensichtlichen Rückgang des regionalen Grundwasserspiegels ob des massiven Wasserverbrauchs beim Goldabbau, bereits zur Austrocknung von Brunnen und natürlichen Wasserquellen geführt sowie zur Missernte vornehmlich der Obstbäume.

Am nächsten Tag kehrten die sieben Männer zum Büro von *Goldcorp* zurück, doch die Zuständigen negierten jegliche Verantwortung für die benannten Probleme und beleidigten stattdessen die Dialogsuchenden. Auf dem Rückweg in ihre Gemeinden wurden diese dann von Sicherheitspersonal verfolgt, welches sie mit Steinen bewarf, Schüsse abfeuerte und versuchte, einen von ihnen in ihre Gewalt zu bekommen.

In Folge der gewalttätigen Antwort besetzten rund 600 AnwohnerInnen die Zufahrtsstrassen zur Mine und machten diese erst wieder frei, als nach 12 Tagen unter Vermittlungshilfe des Menschenrechtsprokurats (PDH) ein Termin für die Aufnahme von Gesprächen zwischen ihnen und dem Goldunternehmen vereinbart worden war – den *Goldcorp* jedoch buchstäblich unterminierte und am besagten Tag statt dessen die Anzeigen gegen die sieben Bauern einreich-

te.

Die Anwälte von *Goldcorp* waren bereit, die Anklage fallen zu lassen, wenn die Männer sich für schuldig erklärten, öffentlich den Sicherheitschef um Entschuldigung baten und ein Dokument unterzeichneten, das ihre Demonstrationsfreiheit einschränkte. Die Angeklagten lehnten das "Angebot" ab.

Zu guter Letzt und der Perversität nicht genug, tritt *Goldcorp* im Prozess jetzt als Nebenklägerin auf und fordert NachbarInnen und Familienangehörige dazu auf, vor Gericht auszusagen – die meisten dieser vermeintlichen ZeugInnen sind Angestellte des Unternehmens. Den Angeklagten drohen zwischen 1,5 und 14 Jahren Haft.

Von Anfang an zeigt sich das Gericht in San Marcos befangen und geht auf den von *Goldcorp* provozierten Strafprozess ein, obwohl das guatemalteke Gesetz die lokalen Autoritäten darin bestärkt, Vergehen, wie es fünf der sieben Anklagepunkte gegen die Bauern sind, aussergerichtlich zu klären, vor allem wenn, wie in diesem Fall, keine Vorstrafen vorliegen und besondere Bedingungen die Situation erschweren.

Kaum zu glauben ist, dass die PR-Abteilung von *Goldcorp Inc.* tatsächlich die Nachricht über die Pläne verbreitet haben soll, Wasser, das unter Zusatz von eben der Blausäure Zyanid, Arsen und anderer giftiger Chemikalien in der Mine benutzt worden ist, in den Tzalá-Fluss abzulassen, einem Zufluss des Flusses Cuilco. Entsprechend besorgt sind die Gemeinden.

Kommunikative Abgeordnete

Guatemala, 09. Nov. Kurz nach der zweiten Wahlrunde und kurz vor der Verabschiedung des Staatshaushaltes Ende des Monats legte die für *Encuentro por Guatemala* zum vierten Mal in Folge – jedoch stets für eine andere Partei – wieder gewählte Nineth Montenegro einen Bericht über die Ausgaben des Kongresses vor. Aus diesem geht hervor, dass insgesamt mehr als 10'000 Quetzales (ca. US-\$ 1,300) täglich in mobile und 9'000 Quetzales in Festnetz-Telefongespräche gehen. Den höchsten Posten nimmt mit 436'254 Quetzales monatlich die kulinarische Versorgung der Abgeordneten ein, „obwohl nur

zweimal in der Woche Sitzungen stattfinden und seit letztem Januar untersagt ist im Parlamentssaal zu Mittag zu essen“. Die Miete von Parkplätzen und Büros, die Instandhaltung von Fahrzeugen und Benzinrechnungen stehen – nach den Telefonrechnungen – als nächste Posten auf der Liste. Kongresspräsident Darío Morales weist hingegen darauf hin, dass es die Kommissionen seien, die die ihnen zugewiesenen Budgets verwalten; der Vorstand sei heuer „zufrieden“ mit dem Umgang mit den Geldern, es habe sogar Einsparungen gegeben, in welcher Höhe verschwiegen er.

Und kurz darauf verabschiedete der Kongress auch schon seinen Haushalt fürs nächste Jahr – in Höhe von 575 Mio. 685 Quetzales, von denen 100 Mio. Q. an das Menschenrechtsprokurat (PDH) gehen sollen.

Daneben wird derweil die zahlenmässige Zusammensetzung des Parlaments diskutiert und dabei die Forderung, zumeist von aussen, gestellt, die Zahl der Abgeordneten auf 80 (von derzeit 158) zu reduzieren, oder zumindest rechtlich zu verhindern, dass diese im Jahr 2011 ob des Bevölkerungswachstums und des entsprechenden proportionalen Anteils auf 211 anwachse.

Moderne Kanonen, um auf die eigenen Spatzen zu schiessen?

Guatemala, 14. Nov. Der ehemalige Chef der guatemaltekischen Kriminalpolizei (DIC, wie sie damals hiess) Juan Daniel Del Cid Morales wurde dieser Tage in den Vereinigten Staaten wegen Drogenhandels und Konspiration zu mindestens zehn Jahren Gefängnis verurteilt (das genaue Urteil steht noch aus). Del Cid wurde von den US-amerikanischen Drogenbehörden zwischen April und August 2006 observiert und dabei beobachtet, wie er zusammen mit seinen Komplizen 1300 Kilo Kokain von Panamá via El Salvador nach Guatemala transportierte. Verhaftet wurde del Cid am 17. August 2006 in El Salvador, zusammen mit zwei anderen Guatemalteken, die jetzt ebenfalls verurteilt wurden. Del Cid wird vom Interamerikanischen Menschen-

rechtshof als einer der Verdächtigen im Fall der Ermordung der Anthropologin Mirna Mack genannt.

Die Geschichte wäre nicht weiter der Rede wert, könnte sie nicht als Anlass dienen, um endlich die Verwicklung hoher Polizei- und sonstiger Staatsbeamten in den Drogenhandel und das organisierte Verbrechen anzuerkennen und ernsthaft anzugehen. Auf juristischem und politischem Weg.

Stattdessen rüstet die *Nationale Zivilpolizei* (PNC) auf und schaffte sich für rund 15 Mio. Quetzales (knapp zwei Mio. US-\$) hochentwickelte, hochmoderne und hochpotente Maschinengewehre israelischer Herkunft an. Eingesetzt werden sollen diese Superwaffen für den „Schutz“ der Hochsicherheits-

gefängnisse sowie für den Kampf gegen das organisierte Verbrechen (es sei daran erinnert, dass die letzten spektakulären Morde innerhalb von Hochsicherheitsgefängnissen unter Beihilfe hoher Polizeibeamter und einzelner Gefängnisangestellten überhaupt nur haben ausgeführt werden können). Guatemala nennt sich jetzt stolz das polizei-waffenmässig bestausgerüstete Land Zentralamerikas. Geplant ist bereits der Kauf von weiteren 700 Hightech-Gewehren. Immerhin ist die Munition dieser neuen Gewehre nicht dieselbe wie diejenige der bisherigen – so wird man in Zukunft schnell feststellen können, wenn sie statt zur Verteidigung von Recht und Ordnung zum Angriff auf Ordnung und Recht benutzt werden.

¡Hijole! Die monatliche Kolumne von Fernando Suazo

Achtung, festhalten!

Das Gute an unserer Demokratie ist, dass nach der Aufregung um die Wahlen alles in die alten Fahrwasser zurückfliesst. Von einem Tag auf den anderen verändert sich die von den Medien skizzierte Landschaft wieder: Wo uns die aufdringliche Sensationslust die Sicht versperrt hat, sehen wir nun wieder den Horizont der Ordnung bzw. die Versprechen der zukünftigen Regierung. Wir erleben „als Nation“ die Befriedigung der erfüllten BürgerInnenpflicht.

Der Verliererkandidat akzeptierte seine Niederlage und versprach, eine konstruktive Opposition zu stellen. Wir können uns beglückwünschen, denn

nach der vorangegangenen Aufregung ist das Wahlprozedere problemlos über die Bühne gegangen. Unsere Institutionen haben funktioniert ...

Was bleibt, sind die Wandschmierereien der Wahlpropaganda und der Abfall der Plastikfähnchen, die unsere Landschaft verschmutzen. Dies ist, das wissen wir alle, ein Ausdruck unserer nationalen Nachlässigkeit.

Bleibt wirklich nur dies übrig? Trotz des Versuchs der Medien, ein Klima freier Meinungsäusserung zu verbreiten, verstummten viele Menschen gegenüber diesem irrealen Sze-

nario oder behielten ihre Meinung für sich. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung gab ihre Stimme bei den Wahlen nicht ab. Dies war schon immer so, seit die USA uns nach 1954 ihre Militärdiktaturen aufgezwungen haben.

Der tatsächliche Müll, den uns diese Wahlen hinterlassen, besteht nicht in den bemalten Wänden und Steinen und auch nicht in den farbigen Plastikfähnchen. Die Umweltverschmutzung ist nur einer der tödlichen Schäden, die mächtige Gruppen und Einzelpersonen dem Staat zufügen.

Schauen wir uns die weiteren etwas genauer an:

1. Unser Vizepräsident, Eduardo Stein, sagte: "Wenn wir nicht zu drastischen Massnahmen greifen, sind wir dazu verdammt, uns in einen Drogenstaat zu verwandeln." Klingt einleuchtend. Nichtsdestotrotz bleiben auch nach diesen Wahlen die verdächtigen Figuren in der Regierung, im Kongress, im Justizsystem und an den Parteispitzen. So weiss man beispielsweise vom Generalsekretär der UNE und persönlichen Anwalt Coloms, dass er mit dem Drogenhandel verfilzt ist. Demgegenüber bleibt das „Drastische“ von Herrn Stein unwirksam und unterstreicht nur den bekannten Diskurs der USA, mit dem Schlagwort „Bedrohung der Region durch Drogenkartelle“ andere geostrategische Interessen zu überdecken, die weniger gern eingestanden werden.

2. Nach einer schwierigen Geburt macht endlich die *Internationale Kommission gegen Straflosigkeit* (CICIG) ihre ersten Gehversuche. Doch es ist alarmierend, wenn der Generalstaatsanwalt vorschlägt, dass diese Kommission sich in dem *Fuchsbau* der Staatsanwaltschaft einrichten soll. Was beabsichtigt er mit seinem Angebot, Personal, Finanzen und Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen? Es ist weithin bekannt, dass die Staatsanwaltschaft von der Mafia infiltriert ist, die zu bekämpfen genau die Aufgabe der CICIG ist.

In den Jahren nach der Ermordung von Bischof Gerardi fungierte innerhalb der Staatsanwaltschaft die berühmte *Oficinita*, eine Struktur ohne Organigramm, die sich der Aufgabe widmete, das Ermittlungsverfahren zu behindern, Beweisstücke verschwinden zu lassen, Tatorte zu verändern und ZeugInnen einzuschüchtern – sprich: den Verantwortlichen zur Straflosigkeit zu verhelfen. Der damalige Berater der *Oficinita* war der heutige Generalstaatsanwalt Juan Luis Florido! Entsprechende Beweise legte Edgar Gutiérrez (damaliger Mitarbeiter des Menschenrechtsbüros des Erzbischofs – ODHAG, die Red.) bereits vor acht Jahren vor.

Ein weiteres Beispiel: Vor ein paar Wochen verschwand aus den Büros der Staatsanwaltschaft der private Computer von Oberst a.D. Giovanni Pacay Paredes – am selben Tag war er ermordet worden. Pacay, enger Mitarbeiter von Otto Pérez Molina, war im Jahr 2003 Informationschef des Verteidigungsministeriums, und es ist unschwer zu vermuten, dass er über viele kompromittierende Infor-

mationen bezüglich der Mafiastrukturen innerhalb der Armee verfügt hat. Dies nur als kleine Kostproben des *modus operandi* der *Oficinita*.

3. Nach dem Freihandelsabkommen mit den USA steht uns bereits das nächste mit Kanada bevor. Dabei werden wir nicht einmal mehr gefragt, was wir davon halten, dass dieses Land unsere Ressourcen zu Bedingungen ausbeutet, die unsere nationale Souveränität verletzen.

Zu den jüngsten Schachzügen der Öl-Multis gehört die Gründung des kanadischen Unternehmens QUETZAL ENERGY. Vor Kurzem reiste eine Gruppe guatemaltekischer ParlamentarierInnen in den Norden, angeblich auf Einladung der guatemaltekisch-kanadischen Handelskammer, um sich mit den Direktoren dieses Unternehmens zu treffen. Glauben Sie, dass diese Abgeordneten irgendetwas zum Vorteil der guatemaltekischen Bevölkerung ausgehandelt hätten?

Ich habe gehört, dass in den nächsten Jahren 1'633'000 Hektar Land öffentlich ausgeschrieben und zur Exploration von Ölvorkommen freigegeben werden sollen. Weshalb wird in unseren Medien nichts darüber berichtet? Weshalb erzählt man den Kindern in unseren Schulen nichts über den Ölreichtum, über Gold- und andere Edelmetallvorkommen in unserem Land? Vielleicht, weil die Herrscher des Landes sich bewusst sind, dass uns all dies gar nicht mehr gehört, weil sie es schon längst *verschwenkt* haben?

4. Unsere Regierenden verschwenken das nationale Öl, während wir gezwungen sind, dessen Derivate zu hohen Preisen wieder zurückzukaufen. Die täglichen Preiserhöhungen auf dem Öl- und Benzinmarkt gehören zu den Lieblingsnachrichten der MeinungsmacherInnen. Dahinter steckt die Absicht, ein günstiges Klima zu schaffen für den Bau von Stauseen als so genannte Alternativenergiequelle. Es erscheinen regelmässig teure ganzseitige Inserate in der Presse, die uns solches weismachen wollen. Dieser Diskurs redet uns ein, dass, wer sich gegen den Bau von Stauseen wehrt, gegen den Fortschritt sei.

Gleichzeitig wird uns aber verschwiegen, dass die Anliegerdörfer der Stauseen, welche vor 25 Jahren gebaut wurden, bis heute ohne Stromversorgung sind. Dafür mussten die BewohnerInnen dieser Dörfer die Brutalität des Genozids kennenlernen,

ausgeführt vom Militär, unterstützt von der Oligarchie und mit der Weltbank als Komplizin: Vier Massaker hintereinander mit über 500 Toten und unbeschreiblichem Leid für die Überlebenden in der Gemeinde Río Negro, Rabinal.

Die Medien schreiben nichts über die Interessen der Unternehmen an diesen Staudämmen, nichts über die Schäden, welche die Anliegerdörfer zu tragen haben, und nichts darüber, was die betroffene Bevölkerung von der ganzen Sache hält.

5. Das Thema Genozid führt uns zu einem anderen tödlichen Laster Guatemalas: der chronischen und weit verbreiteten Straflosigkeit. Beispiele dafür sind die Verantwortlichen dieser Massaker, die heute hohe Posten innerhalb der Regierung oder der einflussreichen politischen Parteien besetzen.

Diese und andere Perversionen beschränken sich aber nicht bloss auf den Staatsapparat, sondern sie betreffen uns alle: Sie bescheren uns viel unnötiges Leiden, sie enthalten uns das Minimum an würdevollen Lebensbedingungen vor, sie verführen uns zu Konkurrenzkampf und Gewalt und greifen unsere Integrität an, indem sie uns zwingen, die Erinnerung zu verbergen. Wir müssen unseren Gerechtigkeitssinn opfern und Menschen ohne Moral wählen, da sie uns als einzige Alternative zur Verfügung stehen.

Wenn ich in den Medien das Foto des zukünftigen Präsidenten von Guatemala betrachte, kommt mir ein Bild in den Sinn, das ich eines Tages beim Verlassen meines Hauses vor mir sah: Ein betrunkenen Nachbar versuchte die Kontrolle über sein Fahrrad zu behalten, auf dessen Gepäckträger er seinen kleinen Sohn gesetzt hatte. Ein ums andere Mal versuchte er, aufzusteigen und loszufahren, und jedes Mal sagte er zu seinem Kleinen: „Achtung, festhalten!“ – Aber nie gelang es ihm, wegzufahren.

Mein grosser Respekt für diesen Nachbarn mit seinem Fahrrad und für Herrn Colom – aber ich glaube, es steht uns ähnliches bevor, wenn dieser am 14. Januar seine Reise beginnt, den Staat Guatemala zu steuern. Er wird uns über die Medien ein ums andere Mal bitten: „Achtung, festhalten!“

Aber wir wissen längst, dass es andere sind, die das Fahrrad lenken.